

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Die Abonnementspreise für das Erzgebirge sind: Einzelhefte 10 Pfennige, monatlich 30 Pfennige, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 75 Pfennige, jährlich 3 Mark 50 Pfennige. Fernsprechanzeige 10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 123

Sonntag, den 30. Mai 1926

21. Jahrgang

Schaffung der Einheitsflagge.

Ein Vorschlag des Reichskunstwartes.

Berlin, 28. Mai. Der Reichskunstwart Dr. Redtlob hat dem Reichsministerium des Innern einen Vorschlag für die geplante Einheitsflagge des Reiches zugehen lassen. Dieser Entwurf einer Einheitsflagge weist in der Mitte ein schwarzes eisernes Kreuz auf, dessen vier Balken durch die ganze Länge des Fahmentuches laufen. In den vier freibleibenden Ecken stehen abwechselnd schräg gegeneinander die Farben Gold und Rot. Dieser Vorschlag wird im Reichsministerium des Innern ebenso wie die aus anderen Kreisen eingegangenen Vorschläge geprüft werden. Offizielle Bedeutung ist ihm vorläufig noch nicht zuzuschreiben. Ueberhaupt ist die Frage der Flaggenangelegenheit noch nicht so weit gediehen, daß schon in der nächsten Zeit vom Reichskabinett ein bestimmter Vorschlag unterbreitet werden könnte.

Der Entwurf Redtlobs einer unter vielen.

Berlin, 29. Mai. Zu dem Vorschlage des Reichskunstwartes Dr. Redtlob bemerkt die „Tägliche Rundschau“, daß das Reichsministerium des Innern von verschiedenen Persönlichkeiten Probeentwürfe eingefordert hat, um dem Reichstagsausschuß, der sich mit der Frage der Schaffung einer Einheitsflagge befassen soll, Unterlagen zu geben. Unter den angegangenen Persönlich-

keiten befindet sich auch der Reichskunstwart Dr. Redtlob. Dem Ministerium sind außerdem zahlreiche freiwillige Entwürfe zugegangen. Das Ministerium wird das Material zunächst sammeln und es dann nach einer Sichtung ohne eigene Stellungnahme dem Reichstagsausschuß zuleiten. Auf diese Weise wird wohl auch der Entwurf des Reichskunstwartes mit vielen anderen zusammen dem parlamentarischen Ausschuss unterbreitet werden. Da sich die Frage gegenwärtig noch in ihrem Anfangsstadium befindet, so ist es, wie das Blatt betont, deshalb verfrüht, jetzt schon den einen oder den anderen der Entwürfe aus den vielen besonders herauszuheben und ihm dadurch eine Bedeutung beizulegen, die er nicht besitzt.

Die Bremer Bürgerschaft gegen die Flaggenverordnung.

Berlin, 29. Mai. In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerschaft wurde ein Antrag mit 48 gegen 37 Stimmen angenommen, der den Senat ersucht, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Flaggenverordnung vom 5. Mai zu erwirken. Gegen den Antrag stimmten die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die bürgerliche Partei.

Primo de Rivera über die nächsten Ereignisse in Marokko.

Madrid, 28. Mai. Wie die Blätter berichten, antwortete der Ministerpräsident Pressevertretern, die ihn fragten, ob er den Augenblick zum Glückwünschen für gekommen erachte: Die Lage ist sehr günstig, aber Glückwünsche werden erst am Platze sein, wenn die Stämme vollkommen entwaffnet sind und die besetzte Zone reorganisiert ist. Dann werden auch Truppen in beträchtlicher Zahl in die Heimat zurückbefördert werden können. Hinsichtlich des Schicksals derjenigen, die von den Rifleuten nicht freigelassen worden sind, bin ich skeptisch: denn die Berichte einer zurückgekehrten Sanitätskommission über den Zustand der Gefangenen waren tröstlos. Gleichwohl ersuchte die Regierung ihre Vertreter und diejenigen der französischen Regierung, vom Führer der Aufständischen genauere Aufklärungen über diesen Punkt zu verlangen, um Schritte zur Befreiung der fehlenden Gefangenen zu unternehmen und für den Fall, daß die Grundsätze der Menschlichkeit, auf die Abd el Krim sich so oft berief, verletzt worden sind, festzustellen, wen die Verantwortung trifft. Die spanische Regierung weiß noch nicht, in welcher Form sich der Akt der Unterwerfung des Führers der Aufständischen vollziehen wird. Sie ist aber davon überzeugt, daß der französische Oberkommissar dem Sultan kein prunkvolles Zeremoniell empfehlen wird; denn ein solches würde nur eine dauerliche Wirkung haben, da es sich einfach um einen Empfänger handelt, der sich noch kürzlich im Aufstand gegen die Autorität des Sultans befand, und dessen Kriegsführung nicht immer ritterlichen und lobalen Grundtönen folgte. Besser als irgend ein anderes Beispiel zeigten dies die Missetaten bei der Rück-

kehrung des Berges Arruit im Jahre 1921. Das Land muß auf jeden Fall überzeugt sein, daß die Regierung Klugheit mit Kraft vereint und nichts außer acht lassen wird, um mit angepannter Aufmerksamkeit die Fragen zu verfolgen, die das Interesse und die Würde Spaniens so sehr angehen. Sie wird sich dabei weder durch Erfolge noch durch Glückwünsche ablenken lassen.

Italien will an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Paris, 28. Mai. Die faschistischen Mailänder Zeitungen „Secolo“ und „Corriere della Sera“ erheben den Anspruch Italiens auf Beteiligung Italiens zu den Friedensverhandlungen in Marokko. Der „Secolo“ schreibt in einem römischen Telegramm, daß Italien als Weltmacht nicht mehr auszuschalten wäre und auch in Marokko nicht geringe Interessen habe.

Abd el Krim noch in Targist.

Paris, 28. Mai. Nach einem beim Kriegsministerium eingegangenen Telegramm beabsichtigt Abd el Krim, Targist erst zu verlassen, wenn er sich über das Schicksal seiner Familie und seiner Güter vergewissert hat, die noch nicht in Targist eingetroffen sind.

Die französischen Verluste.

Gabas berichtet aus Fez: Aus autorisierter Quelle verlautet, daß die französischen Verluste im Verlaufe der letzten Offensive sich auf nicht mehr als 100 Tote einschließlich der Eingeborenen belaufen.

Die erste Ministerbesprechung nach Pfingsten.

Berlin, 29. Mai. Gestern nachmittag fand den Blättern zufolge die erste Ministerbesprechung nach den Pfingstferien statt. Sie beschäftigte sich lediglich mit laufenden Angelegenheiten.

Gestern abend versammelten sich die in Berlin anwesenden Reichsminister beim Reichspräsidenten zu der Abschiedsfeier für Dr. Dühser.

Der neue Oberreichsanwalt.

Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung der Beset zufolge den Vorschlag des Reichsjustizministeriums, den Ministerialdirektor Dr. Werner zum Oberreichsanwalt zu ernennen, zugestimmt. Nunmehr muß der Reichsrat zu der Frage der Nachfolge Ebermayers Stellung nehmen, da die Ernennung durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichsrats erfolgt.

Sieg der englischen Arbeiterpartei bei einer Nachwahl.

Cammermuth, 29. Mai. Bei der Nachwahl zum Parlament erhielt der Kandidat der Arbeiterpartei 13 096, der Kandidat der Konservativen 9484, der Liberale 1974 Stimmen. Die Arbeiterpartei hat damit einen neuen Sitz gewonnen.

Graf Bernstorff über seine Genfer Eindrücke.

Genf, 28. Mai. Graf Bernstorff, der Chef der deutschen Delegierten des Abrüstungsausschusses erklärte vor seiner Abreise beim Empfang deutscher Pressevertreter: Die Abrüstungskonferenz konnte sich nur auf die Ausarbeitung von Methoden, durch die der gewaltige Stoff des Abrüstungsproblems bewältigt werden konnte, erstrecken. Diese Methoden konnten gefunden werden und damit ist ein Anfang gemacht, dessen Bedeutung weder unter noch überschätzt werden soll. Die Haltung der deutschen Delegierten mußte notwendigerweise abwartend sein. Die deutsche Politik, die durch die Beträge von Locarno und Berlin gekennzeichnet ist und den wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau Deutschlands erstrebt, wird auch im Rahmen des Völkerbundes unverändert eine Politik des Friedens nach Westen und Osten bleiben.

Brasilien und der Völkerbundsrat.

New York, 28. Mai. Wie der „Associated Press“ gemeldet wird, ist keinerlei Erklärung über die Haltung Brasiliens zur Frage der Völkerbundsratsfrage abgegeben worden.

Militärrevolte in Lissabon.

Lissabon, 28. Mai. Hier ist eine neue Militärrevolte ausgebrochen. Zwei Divisionen, die eine im Norden, die andere im Süden haben gemeutert. Das Ministerium erklärt, der Unbötmaßigkeit Herr werden können. Die Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Innern des Landes ist wegen des Militärstandes unterbrochen. Der Kommandant der meuteren Truppen hat an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet. Die Regierung hofft jedoch, die Bewegung unterdrücken zu können.

Deutsche Kolonialtagung in Bochum.

Bochum, 28. Mai. Unter außerordentlich großer Beteiligung begann heute die große Tagung der nationalen Arbeitsgemeinschaft in Bochum. Es handelt sich um Veranstaltungen der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Deutschen Kolonialkriegerbundes, des Frauenbundes der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Frauenvereins vom Roten Kreuz für deutsche Uebersee und des Kolonialkriegerbundes. In der Sitzung des Vorstandes der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde der Jahresbericht vorgelegt. Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Gouverneur a. D. Dr. Seitz, wurde wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden gewählt: Krupp von Bohlen-Halbach, Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg und Eisenbahnpräsident Meyer-Oppen. Dr. Seitz gab einen kurzen Ueberblick über den Stand der deutschen Kolonialfrage. Sodann wurde der Bericht über die Tätigkeit der Deutschen Kolonialgesellschaft im Jahre 1925 erteilt. Die Tatsache, daß im neutralen und ehemals feindlichen Ausland die deutschen Kolonialansprüche andauernd mit Ernst behandelt wurden, sei die Frucht der Deutschen Kolonialgesellschaft. Als eine weitere Frucht dieser Tätigkeit dürfe man ansprechen, daß England heute schon mit der Mehrzahl seiner Kolonien dem deutschen Handelsverträge beigetreten sei. Der Bericht fordert eine zweckmäßige Regelung des Auswanderungswesens als die Hauptaufgabe des neuen Deutschlands, an der sich die Deutsche Kolonialgesellschaft beteiligen werde, soweit es sich um unsere ehemaligen Kolonien handle. Ein weiteres Ziel der Gesellschaft sei die Einführung der Kolonienkunde als Unterrichtsfach in den Schulen und die Erhaltung von Lehrstühlen für Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft an den Universitäten.

Mannesmann verpfändet dem Reiche seine nordafrikanischen Besitzungen.

Berlin, 28. Mai. Dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages liegt ein Gesuchen der Firma Gebrüder Mannesmann um einen Kredit von 8 1/2 Millionen Mark vor, gegen den dem Reiche die in Afrika (Marokko) gelegenen Besitzungen der Firma verpfändet werden sollen. Wie es heißt, würde der Ausschuss dem Ansuchen zustimmen, und zwar aus außenpolitischen Gründen. Nur auf diese Weise, wenn das Reich mitspreche, könnte der Grund zu einer Art neuen Kolonialpolitik gelegt werden. Andernfalls wäre Mannesmann genötigt, seine Besitzungen in Afrika zu verkaufen.

Reichseinnahmen 1925.

Berlin, 27. Mai. Nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministeriums betragen die Einnahmen des Reichs im Rechnungsjahre 1925 an Besitz- und Verkehrssteuern 4 892 743 882 Mark gegenüber einer im Reichshaushaltplan veranschlagten Einnahme von 4 991 000 000 Mark, die Zölle und Verbrauchsabgaben 1 962 800 988 Mark gegenüber 1 859 500 000 Mark. Die sonstigen Abgaben betragen 958 789 Mark, sodaß im ganzen 6 856 301 638 Mark gegenüber einem Voranschlag von 6 770 500 000 Mark eingeommen sind.

Das Mehraufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben gegenüber den Haushaltsansätzen beträgt 85 801 638 Mark. Die Mehraufwendungen an die Länder betragen 64 122 942 Mark. Mitin ist der tatsächliche Mehretrag für das Reich 21 678 796 Mark.

Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei für Handel und Industrie.

Der Reichsausschuß für Handel und Industrie tritt am 3. Juni 10 Uhr vormittags in Erfurt Hotel Rossenhafen zu einer Tagung zusammen. Herr Generaldirektor Albrecht, M.D.R., spricht über deutsche Wirtschaft, Herr Professor Leidig, M.D.R., über Deutschlands Finanz- und Kreditprobleme. Reichsminister Dr. Curtius wird voraussichtlich an der Tagung teilnehmen. Interessenten für die vorstehende Veranstaltung wollen sich an die Bezirksgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Jena, Fernruf 2191, wenden.